

## Ökolumne

# Die Lobby-Politik der Regierung

Die Mehrheit der Bürger will einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Aber die Regierung will die Laufzeiten für Atomwerke für die 7 ältesten Reaktoren um 8 Jahre verlängern und für die 10 jüngeren Reaktoren um 14 Jahre verlängern. Tatsächlich werden die AKWs deutlich länger laufen. Denn der Vertrag schreibt keine Jahreszahl fest, sondern Reststrommengen bei voller Leistung. Und die können die Konzerne auf einen viel längeren Zeitraum strecken.

Der alte AKW-Ausstiegsplan bis 2020 von Rot-Grün im Jahre 2002 wird so noch weiter ausgedehnt. Bereits damals hatte die ÖDP davor gewarnt, daß es sich dabei um eine Laufzeitverlängerung und nicht um einen AKW-Ausstieg handelt. Jedes Jahr Weiterbetrieb der alten AKW bringt den Atomkonzernen und ihren Lobbyisten zusätzliche Gewinne aus den abgeschriebenen AKWs. Die Verlängerung der AKW-Laufzeiten konserviert die heutigen Erzeugerstrukturen und verhindert den Wettbewerb der Erzeugungskapazitäten. Die Marktmacht der großen Energiekonzerne wird damit zementiert und ein fairer Wettbewerb auf dem Strommarkt wird auf Jahrzehnte hinaus verhindert.

Finanzminister Schäuble (CDU) hat die Idee der ÖDP zu einer Brennstoffsteuer aufgegriffen. Diese soll jährlich 2,3 Mrd Euro einbringen und ist auf sechs Jahre befristet. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energieerzeugung sollen die AKW-Betreiber zusätzlich eine Sonderabgabe von 1,4 Mrd Euro jährlich in einen Fonds zahlen. Die Atomkonzerne dürfen jedoch ihre Zahlungen für den Ökoenergie-Fonds reduzieren, wenn die Nachrüstkosten pro Reaktor infolge verschärfter Sicherheitsauflagen 500 Mio Euro übersteigen oder die Laufzeiten oder übertragbaren Strommengen reduziert werden oder die Brennstoffsteuer erhöht wird. Dieser Deal der Bundesregierung wurde am Bundestag vorbei geschlossen. Das Ökoinstitut Freiburg hat errechnet, daß die Atomkonzerne durch die Laufzeitverlängerung trotz der zusätzlichen Abgaben Zusatzgewinne von 94 Mrd Euro erzielen werden. Damit werden weniger als die Hälfte der Gewinne abgeschöpft. Diese Gewinne werden natürlich von der Bevölkerung über die Strompreise in den kommenden Jahren bezahlt.

Das Hauptproblem der Energieerzeugung aus Atomkraft bleibt ungelöst: die unmöglich sichere Lagerung des über Millionen von Jahren strahlenden und giftigen Atommülls. Mit der Laufzeitverlängerung erhöht sich die Menge des hochradioaktiven Atommülls von 17.200t auf 21.600t.

Weiterhin ist eine erneute Sicherheitsprüfung der Reaktoren nötig. Hierbei ist die Unabhängigkeit der Prüfer von den Energiekonzernen eine zwingende Voraussetzung. Bei den bisherigen Prüfungen ist dies nicht der Fall. Wesentliche Nachrüstungserfordernisse werden jetzt als "mittel- bis langfristig" eingestuft und damit für viele Jahre aufgeschoben. Dafür wird im Atomgesetz ein neuer Paragraph 7d eingeführt, der für wesentliche sicherheitsrelevante Bereiche keine Nachrüstungen mehr fordert, die dem Stand von Wissenschaft und Technik genügen. Stattdessen ist im Gesetzentwurf nur noch von einer Sorgspflicht die Rede. Damit wird auch das Klagerecht für Bürger eingeschränkt.

Der Bundesrat wurde ausgegrenzt. Dort hat aber Rot-Grün die Mehrheit. Damit wird der neue Plan platzen, denn die Bundesländer müssen dem erhöhten Haftungsrisiko und der Deckelung der Investitionen in die Sicherheit zustimmen.

Die Energiepolitik der Bundesregierung dient den Interessen der Atommüll produzierenden Konzerne und nicht dem Volk. Auf der letzten Großdemonstration in Berlin gegen die Atompolitik protestierten über 30.000 Menschen und umzingelten das Regierungsviertel.